

Verschöpfung durch Umkehr : Rede am Evangelischen Kirchentag 1983 in Hannover

Autor(en): **Brandt, Willy**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **62 (1983)**

Heft 9: **0**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340013>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

teilung einer Arbeitsstelle im weiteren Sinne bleibt eine interessante Lösung, die es verdient, näher geprüft zu werden. Siehe dazu: Helmut Heymann / Lothar Seiwert (Hrsg.): *Job Sharing — flexible Arbeitszeit durch Arbeitsplatzteilung* (Grafenhau / Stuttgart / Zürich, Verlag Industrielle Organisation, 1982).

⁵ Dieter Mertens: Befragung von Arbeitnehmern über Formen der Arbeitszeitverkürzung, in: Ed. T. Kusch u. F. Vilmar: *Arbeitszeitver-*

kurzung, ein Weg zur Vollbeschäftigung? (Köln, Westdeutscher Verlag, 1983), S. 213. Siehe auch: Schweiz. Handelszeitung, vom 2.6.1983.

⁶ Die beiden Standpunkte wurden von Ruth Dreifuss, Sekretarin des SGB, und von Ruedi Strahm, Zentralsekretär der SPS, anlässlich der Zentralkonferenz der SP-Frauen Schweiz vom 25./26. Juni 1983 in Solothurn dargelegt. Manuskripte verfügbar bei: SPS-Sekretariat, Postfach 4084, 3001 Bern. Mehr

Freizeit — sinnvoller leben, VPOD, Zürich, 1982 (S. 68 ff.).

⁷ In seiner Antwort auf die Motion Y. Jaggi vom 16. März 1983 betreffend Teilzeitarbeit und Beamtenstatus in der Bundesverwaltung versichert der Bundesrat, «dass das Angestelltenverhältnis eine fast gleich grosse rechtliche Sicherheit gewährt wie der Beamtenstatus», womit er das Überleben der Diskriminierung anerkennt.

Willy Brandt über die Tragik der Mächtigen dieser Zeit

Verschonung durch Umkehr

Rede am Evangelischen Kirchentag 1983 in Hannover

Was ist Macht in unserer Zeit? Ja, was ist das! Stimmt die gewissermassen klassische Definition, derzufolge es sich bei Macht um die Fähigkeit handelt, andere, gegebenenfalls auch gegen deren Willen, zu einem bestimmten Handeln zu *zwingen*? Macht der Ideen, des Glaubens, der Überzeugungen — auch der Verzweiflungen — sollte es demnach nicht geben? Ich habe da, was die Begriffsbestimmung angeht, meine erheblichen Zweifel. Und wer sind, was sind *die* Mächtigen, über deren vermutete Tragik ich hier etwas sagen soll?

Kennedy und Luther King

Lassen Sie mich mit der Erinnerung an zwei Männer beginnen, die ich Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre in Amerika kennenlernte, denen ich mich nahe fühlte, die mich auch in Berlin besuchten: John F. Kennedy und Martin Luther King — jeder auf seine Weise Hoffnungsträger jener Jahre, beide das Opfer von Mordanschlägen, und doch nicht nur durch Hautfarbe und Besitz und dadurch unterschieden, dass der eine Katholik war und

der andere Baptist, sondern vor allem auch durch die höchst unterschiedliche Art des Einflusses, der von ihnen ausging.

Da gab es nun nichts zu deuten: Der Mächtigere der beiden war damals, Anfang der sechziger Jahre, der junge Präsident der durch den Krieg gewaltig gestärkten Weltmacht USA. Nicht von ungefähr ist manches lebendig geblieben von dem, was er sich vorgenommen hatte. Es sind ja nicht nur seine Irrtümer — ich nenne den Vorlauf zu Vietnam —, an die wir uns erinnern. Es ist auch und gerade sein Aufbegehren gegen die Erstarrung, sein versuchter Aufbruch zu den «new frontiers», den neuen Horizonten. Es ist vor allem seine gegen viel ignoranten Widerstand vertretene Einsicht, dass der Frieden im Zeitalter der Atomwaffen nicht mehr nur gegen, sondern dass er mit dem Widersacher zu sichern ist. Dass man verhandeln und sich vereinbaren muss, wenn man nicht gemeinsam untergehen will.

Der Gedanke, dass Partnerschaft gesucht und begründet werden muss, wenn extreme Vernichtung von den Menschen abgewendet werden soll, dieser

Gedanke begleitet uns schon seit einiger Zeit. Er hat mittlerweile eine begrenzte Macht über die Köpfe gewonnen.

Der dunkelhäutige Pfarrer aus dem amerikanischen Süden hatte keine staatliche, keine unmittelbar politische Macht. Höchstens eine eher bescheidene, nämlich jene, die uns gegeben ist, wenn wir in einem Land leben, in dem — nicht nur im Sinne von Akklamation — gewählt wird. Kennedy wäre nicht gewählt worden, wenn ihm King nicht eine stattliche Anzahl «schwarzer» Stimmen zugeführt hätte.

Nun frage ich mich und uns alle: Ist es so sicher, dass der eine mit der gewaltigen Macht, über die aufgrund der Verfassung ein Präsident im Weissen Haus verfügt, mehr bleibenden Einfluss ausgeübt hat als der andere, der ein Machtfaktor wurde, ohne Macht auszuüben — durch den moralischen Gehalt seiner Sache und den gemeinsamen Gang mit vielen anderen?

Ich spreche von der Bürgerrechtsbewegung. Deren Aufbruch ist kaum mehr als zwanzig Jahre her. Das Wahlrecht der Farbigen war in den Süd-

staaten keineswegs garantiert. Rassentrennung in den Schulen war gang und gäbe. Und selbst in der Hauptstadt, nicht im tiefen Süden, konnte man sich leicht davon überzeugen, dass es nicht nur an «besseren» Lokalen ganz unverhüllte Hinweise auf Apartheid gab. Die Kraft, die Macht, die das änderte, verkörperte sich in Martin Luther King, und die Bewegung für gleiche Bürgerrechte war getragen von den Diskriminierten selbst, ebenso wie von einer aufgeklärten Minderheit solcher, die sich getroffen fühlten, wo der Bruder und die Schwester afrikanischen Ursprungs — oder andere, die im Gesamtstaat Minoritäten waren — zurückgesetzt und beleidigt wurden. Die Lehre vom staatsbürgerlichen Ungehorsam, von der gewaltfreien Aktion, wurde dort nicht begründet, doch sie bewährte sich erneut.

Diejenigen, die Macht ausüben, sind oft ohnmächtiger als andere meinen oder als sie selbst wissen. Sie werden, so sie bei Sinnen sind, hin- und hergerissen — jedenfalls weiss ich mich so zu erinnern — zwischen Zweifel und Zuversicht, zwischen Hoffnung und Resignation.

Hier ist heute und in diesen Tagen viel vom Jona-Buch des Alten Testaments die Rede. In der Beschreibung des Jona — Jonas, wie wir früher lernten —, der vom grossen Fisch — Walfisch wie es früher hiess (da mögen die Zoologen sagen, was sie wollen) — verschlungen, drei Tage und Nächte im Bauch des Tieres zubringen musste — ich kann darin durchaus eine übertragene Beschreibung von Situationen erkennen, die man selbst durchgemacht hat.

Die Tragik der Mächtigen

Gerade wer ein Stück staatlicher Macht ausüben hatte, sich dabei nicht über Gebühr wichtig nahm und sich auch

nicht allzu sehr verbiegen liess, der macht sich über die Grenzen des vernünftig durch Macht Machbaren keine Illusion. Ich habe häufig genug erfahren, wie sich nicht selten mächtig dünkte, wer in Wirklichkeit seine Ohnmacht und Hilflosigkeit und Unvernunft nur mühsam, oft allerdings besonders lautstark zu überspielen suchte.

Ich muss es eher unangenehm komisch denn tragisch nennen, wenn Leute aufgrund eingebildeter, nicht einmal entlehnter Macht den Eindruck erwecken möchten, mächtig zu sein. Freilich können sie immer noch damit rechnen, dass allzu selten ein unbefangenes und unerschrockenes Menschenkind — wie das in H.C. Andersens Märchen — darauf aufmerksam macht, dass der Kaiser gar keine Kleider an habe — jedenfalls nicht die, denen die Leute staunende Bewunderung zollen.

Wir müssen vorsichtig sein, die Tragik der Mächtigen — von der das mir gestellte Thema handelt — mit tragischer Wirkung im literarisch-dramatischen Sinne gleichzustellen. Letztere setzt die Charaktergrösse des Helden voraus. Ich habe nachgelesen, dass noch im Jahrhundert nach «unserem» Martin Luther wirkliche Tragik nur erhabenen Personen zugestanden wurde; demzufolge sprach man von «Fallhöhe». Da geriete man heutzutage mit manchen Charakterzweigen in erhebliche Schwierigkeiten.

Ich möchte von dem sprechen, was einige von uns nicht nur Friedenspolitik nannten, sondern wozu wir — nach bitterer Erfahrung und ohne ungebührliches Wunschdenken — unseren eigenen Beitrag leisten sollten und auch leisteten. So sass ich eines Tages im Kreml — und später an anderen Orten — dem anderen der beiden angeblich mächtigsten Männern dieser Erde gegenüber.

Es ging darum, Spannungen abzubauen und über die Gegensätze hinweg, die in Deutschland spürbar sind wie kaum irgendwo, gemeinsame Interessen aufzuspüren und — vielleicht sogar Vertrauen zu schaffen. Natürlich gestützt auf die gedeihliche und möglichst vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Nachbarn im Westen. Selbstverständlich mit der Rückendeckung, nicht hinter dem Rücken des Bündnisses, von dem unsere Bundesrepublik ein Teil geworden war.

Halten wir uns nicht bei den armen Bösen auf, die unsereins zum Verräter machen und als Agenten stempeln wollten. Von vermeintlichen Realpolitikern, deren Realitätssinn sich darin erschöpfte, vergangenen Denkgewohnheiten anzuhängen, musste man sich anhören, man sei «blauäugig», was immer das heissen mochte; sie meinten wohl, man sei nicht hinreichend rückwärtsgewandt.

Sie hatten nichts begriffen, viele wollen immer noch nicht begreifen, dass sich damals — wohl auch schon früher — Chancen abzeichneten, jedenfalls andeuteten, die nicht richtig abgeklopft worden sind, geschweige denn genutzt werden konnten. Insoweit geht es mir, wie es Gustav Heinemann ging, in seinem Rückblick auf die allerersten Jahre unserer Republik.

Leonid Breschnew

Ich will von Leonid Breschnew sprechen, jenem einen von den beiden mächtigsten Männern. Und niemand glaube, ich hätte mich von dem bei ihm, wie auch von anderen registriert, zweifellos vorhandenen ehrlichen Friedenswillen über Gebühr beeindruckt lassen. Die rabiatischen Eigenheiten russisch-sowjetischer Grossmachtpolitik waren und sind nicht zu übersehen, die dort übliche Art von

Rückerinnerung mit daraus begründeten Sicherheitsbedürfnissen auch nicht. Trotzdem: Mit dem Mann im Kreml und denen, die er repräsentierte, war über mehr zu reden als über eine Begrenzung der Menge von Atomwaffen (von denen wir ja nicht mal welche hatten und die die Grossen nie nach unten, sondern gelegentlich nur nach oben festzuschreiben imstande waren).

Der Beginn aktiver Friedenspolitik war seinerzeit möglich, obwohl die eingespielten Regeln des aussenpolitischen Spiels strapaziert werden mussten. Damals kam uns zugute, dass sich gemeinsame europäische Interessen anzudeuten begannen, ohne mit den Interessen der nuklearen Weltmächte zu kollidieren.

Es war im Frühherbst 1971: Auf dem Flugplatz von Simferopol nahm mich der Generalsekretär allein in Empfang. Es war, nach den nicht immer leicht zu verstehenden Regeln des Protokolls, ein nicht offizieller, sondern offiziöser, halb-persönlicher Besuch. Wir sassen nebeneinander im Auto, auf dem Weg hinunter zum Schwarzen Meer, da legte Breschnew seine Hand auf mein Knie und sagte, ohne dass ich ihn zu diesem Thema herausgefordert hätte: «Ich verstehe Sie ja, Willy Brandt, was die deutsche Frage angeht, aber wir können beide nichts — oder sagte er sogar: jetzt nichts? — daran ändern.»

Ich will jetzt nicht deutlicher darüber werden, wer von uns nicht konnte, was er wollte, und wer nicht wollte, was er konnte. Jedenfalls: Mehr, als es die meisten ahnten, kreiste das Denken bei solchen Gelegenheiten um das, was uns Deutschen — in beiden Staaten — der grandiose, auch nationale Verrat der Hitlerei hinterlassen hatte. Es war zunächst nicht mehr drin, als — womit wir Anfang

der 60er Jahre in Berlin begonnen hatten — besonders krasse Auswüchse der Teilung Deutschlands zurückzudrängen. Antworten auf besondere Härten für die Menschen zu finden. Dem ist, im Verhältnis zwischen den Deutschen in den beiden Staaten und in Berlin, einiges hinzugefügt worden, was wir nicht mehr missen wollen, sondern erweitert und stärker verankert sehen möchten. Und so wahr es ist, dass es isolierte, von der Zukunft Europas getrennte Antworten auf die deutschen Fragen nicht gibt, so viel gäbe es doch zu tun, um die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und ihren Menschen gedeihlicher zu gestalten. Und aus dem ja mir durchaus geläufigen Satz, dass von deutschem Boden nie mehr Krieg ausgehen darf, müsste sich auch — ohne dass sich die Regierenden hüben und drüben übernehmen oder verrenken — mehr Konsultation und paralleles Vorgehen machen lassen. Starke, selbstgerechte Worte können das nie und nimmer ersetzen.

Historische Versäumnisse sind nicht leicht wettzumachen. Ungenutzte Chancen lassen sich nicht beliebig wiederholen, nicht selten sind sie für immer dahin. Dürfen wir doch hoffen, dass es diesmal nicht so ist, sondern dass es in West und Ost Staatsmänner (und solche, die ihnen helfen) gibt oder geben wird, die wieder aufgreifen und — bevor es zu spät ist — erfolgreicher voranbringen, was Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre eingeleitet worden war?

Doch machen wir uns nichts vor: Nicht allein wegen menschlicher Unzulänglichkeiten, sondern auch wegen des tatsächlichen Ablaufs militärisch-technischer Entscheidungen und Vorgänge (und nicht nur dieser) wird es immer schwieriger, Gefahren für den Frieden und für das Überleben der

Menschheit zu kontrollieren und unter Kontrolle zu halten. Was ich jetzt anmerke, hat mir Breschnew nie direkt bestätigt, aber er hat es auch nicht bestritten: Die politische Führung, auch ihre Nummer Eins, wird erst zu einem gewissen Zeitpunkt davon erfahren haben, dass die militärische Führung eine ursprünglich anders konzipierte Zerstörungsmaschine zur berüchtigten SS-20 umgepolt hatte. Und ich füge hinzu: In zunehmendem Masse führt dieses Auseinanderklaffen von politischer Vorgabe und militärisch-technischer Entwicklung zu einer Umkehrung von Kompetenzen (nicht nur unter den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie) und letztlich dazu, was von Trägern politischer Verantwortung übernommen und eingesetzt wird von dem, was technische Apparaturen vorgeben. Und dies gilt für beide Seiten — wenn es denn nur zwei Seiten sind, mit denen wir es zu tun haben.

Fiktion der Macht

Von Präsident Eisenhower, also noch aus den 50er Jahren, stammt der Hinweis auf das wachsende Gewicht dessen, was er den «military-industrial complex» nannte. Den gibt es unabhängig davon, ob Zerstörungsmaschinen in privat- oder staatswirtschaftlichen Unternehmungen entwickelt und gefertigt werden. Der beträchtliche Einfluss von Geheimdiensten kommt hinzu. Auf der einen wie auf der anderen Seite gibt es *Situationen, in denen der Vorrang der politischen Führung zur Fiktion wird*, weil diejenigen objektiv stärker geworden sind, die an den Schaltebeln der Waffenentwicklung sitzen. Hinzu kommen die von den meisten noch nicht annähernd erkannten immensen Gefahren, die sich daraus ergeben müssen, dass es von einem ba-

nalen Fehler in der Datenverarbeitung abhängen kann, ob etwas in Gang gesetzt wird, woran viele Menschen oder grosse Teile der Menschheit überhaupt zugrundegehen. Und über die in ihren Konsequenzen noch kaum zu erfassende Militarisierung des Weltraums wird gewiss ohne hinreichende Sachkenntnis, vielmehr aufgrund von Zwangsvorstellungen entschieden.

Ich kann diejenigen gut verstehen, denen angst und bange wird, wenn sie sich klarmachen, wovon hier die Rede ist. Und wenn sie Berichte über das heillose Durcheinander, ja das sachliche und personelle Chaos lesen oder hören, das dort anzutreffen ist, wo man die Schalthebel weltpolitischer Macht vermutet. Es gibt viel Grund zur Unruhe.

Begrenzte Macht wird von manchen als doppelte Ohnmacht empfunden. Mein Mitgefühl für die so Empfindenden hält sich in Grenzen. Falls Herrschaftslosigkeit möglich wäre, könnte ich das, wie man hie und da weiss, nicht unsympathisch finden. Mehr Eigenverantwortung statt Gängelei muss auch so möglich sein. Die Erfahrungen der 30er und 40er Jahre haben mich gehindert, Pazifist zu werden. Antimilitarist bin ich geblieben, und dabei stehe ich, mit meinen politischen Freunden, zur Bundeswehr und ihrem friedenssichernden Auftrag. Damit es keine Missverständnisse gibt: Dies ist ohne die Verantwortung von Befehl und Gehorsam nicht darstellbar. Doch kann es eine vernünftige Ordnung sein, die nicht zu verhindern weiss, dass Jahr für Jahr mehr als zwei Billionen DM für die weltweite Rüstung ausgegeben werden, während mit einem bescheidenen Teil dieser gewaltigen Mittel bewirkt werden könnte, dass Millionen von Menschen nicht mehr Hunger leiden müssten?

Abgesehen davon, wenn man davon absehen dürfte, dass das Ausmass der weltweiten Rüstungsausgaben zunehmend dazu beigetragen hat, die Weltwirtschaft zu belasten, zu lähmen. Gipferveranstaltungen in kitschig-idyllischer Aufmachung bei äusserst mageren Ergebnissen stellen in den Augen vieler eine Zumutung dar. Die so in Erscheinung tretende Ohnmacht der Mächtigen ist nicht einmal tragisch zu nennen, sie ist einfach ärgerlich. Die Menschen brauchen nicht zu schweigen, wenn ihnen für minimale Leistungen ein immer grösserer Aufwand zugemutet wird. Ganz zu schweigen von dem Empfinden eines Arbeitslosen!

Mystifikation der Macht

Liegt nicht im übrigen in Worten wie «Macht» und «die Mächtigen» die Gefahr der Mystifikation? Gewiss, die Macht birgt Versuchungen und Fallen — auch unter den Bedingungen der politischen Demokratie. Sie tut es allein schon durch die Begleitumstände: Man wird abgeschirmt, ist Schmeicheleien und gefilterten Nachrichten ausgesetzt, lässt lesen und lässt schreiben und womöglich nachdenken. Manchmal geht es auch gar nicht ohne, doch keinen lässt dies ganz unberührt. Dabei liegt mir doch sehr daran, dem Klischee entgegenzutreten, welche Macht — im Sinne von öffentlicher Verantwortung — pauschal denunziert, so dass am Ende nur eine Variation übrigbleibt auf das Lied von der Politik als einem garstigen, schmutzigen Geschäft. Das kann sie wohl sein, wir wissen es, für Lumpen und korrupte oder allzu unterwürfige Kreaturen. Recht begriffen aber ist sie eine Konsequenz aus der Verantwortung für unser Leben. *Fragen wir also statt: ob*

oder nicht, besser: wie und wozu.

Dass es den Nazis und ihren Handlangern vor fünfzig Jahren gelingen konnte, sich die Macht zu erschleichen, ohne auf ernstliche Gegenwehr zu stossen, war auch das Resultat der Unfähigkeit, die Gegenkräfte zu bündeln. Bedauern wir es heute nicht, dass die Machtfrage damals gar nicht gestellt worden ist, solange es noch ging? Ich jedenfalls bedaure, dass die Herausforderung nicht angenommen wurde. Gewiss, ich sehe die Tragik derer, die zu retten suchten, was nicht mehr zu retten war. Und die nicht zu Lasten anderer mutig sein mochten. Und doch darf man — dies lehrt unsere Geschichte — nicht der Frage ausweichen, dass es etwas kosten darf — Frieden hin, Frieden her —, wenn es um die Freiheit geht und das Leben von Millionen in Gefahr ist oder gar das Überleben der Menschheit auf dem Spiel steht. Die Machtfrage im Ringen um Frieden und Freiheit hat nicht nur mit einer gepanzerten Hülle zu tun. Sie hat viel damit zu tun, ob man die Kraft der Idee so einzusetzen weiss, dass aus der ideellen auch materielle Gewalt wird.

Was damals geschah, als die Republik von Weimar sich selber aufgegeben hatte, wirkt bis heute fort. Wir hier in dem Land, das sich so schuldig gemacht hat, sollen nicht mit dem Finger auf andere zeigen. Aber warnen dürfen, müssen wir, uns und die anderen. Die epochalen, geschichtsverändernden, der Menschlichkeit spottenden und die Menschheit herausfordernden Greuelthaten, die perfekte Mord-Maschinerie eines vermeintlichen Kulturstaats — das zeitigte Wirkungen nicht nur hier und in den überfallenen Ländern. Es hat die Welt verändert und sollte das Bewusstsein schärfen. Eine Wie-

derholung, auch eine anhaltende stupide Phantasielosigkeit, würde die Menschheit kaum überleben.

Die Banalität als das Böse

Am Ende liegt die grösste Gefahr vielleicht gar nicht mehr in dem, was Strategen und Machtausübende wollen oder nicht wollen. Sie liegt — ich deutete es an — darin, dass die Zerstörungsapparate, ob in Ost oder West, in Wahrheit uns beherrschen, nicht wir sie. Sie verselbständigen sich, entziehen sich menschlicher, politischer Kontrolle. Es braucht vielleicht das aktiv Böse gar nicht mehr, die Banalität selbst tritt an seine Stelle. Die Gefahr wächst, dass am Ende eine Kettenreaktion von Zufällen, Halbbewusstheiten, vermeintlichen Zwängen steht.

Der Vorgänger des gegenwärtigen Präsidenten der USA äusserte sich gegen Ende dieser Amtsperiode mit verblüffender Deutlichkeit über diese Gefahren. Dass Inhaber von Macht nicht selten erst dann über Fehlentwicklungen laut nachdenken, wenn sie ihre Position nicht mehr innehaben, mag man beklagen. Daran Anstoss zu nehmen, erschiene mir törricht. Es ist besser, zu erkennen und zu warnen — auch in einiger zeitlicher Verschiebung —, als ohne Einspruch hinzunehmen, dass gravierende Fehler weiterwuchern und wiederholt werden.

Dennoch: Eine umständliche Prozedur, die nach Kräften vereinfacht werden sollte. Schon Albert Einstein beklagte, dass die Atombombe alles verändert habe, ausser das Denken der Menschen. Allzu vielen gilt es geradezu als ein Ausweis von Charakterstärke, sich — oder das, woran er mitgewirkt hat — nicht zu korrigieren. Und ich kann ein Lied davon singen, dass gebotenen Korrekturen ei-

nem nicht leicht gemacht werden. Da wird dann nicht selten nach dem gerufen, der den gordischen Knoten durchhauen könne. Aber möglicherweise verhält es sich mit diesem Knoten anders, als es viele verstehen. Vielleicht sagt der berühmte Orakelspruch sehr viel mehr aus über die Mühsal, ein Ziel zu erreichen, als dass er als Rat zum vorschnellen «Durchhauen» verstanden werden dürfte.

Das Projekt Moderne: Streben nach Menschenwürde

Das Projekt Moderne, dem wir viel verdanken, ist an einem Punkt angelangt, der die in ihm liegende Problematik auf mannigfaltige Weise deutlich werden lässt:

Ob es der Wahnsinn des Wettrennens ist. Oder die Zukunft der Arbeit. Oder die fortschreitende, eines Tages nicht mehr umkehrbare Zerstörung der Natur. Oder das wachsende Elend in den ausgepowerten Teilen der Erde. Zusammen genommen die heutigen Formen von krasser Verelendung.

Eins hängt mit dem andern zusammen. Und in jeder dieser Entwicklungen zeigt sich das Wirken einer zu kurz greifenden, zu oberflächlichen, technizistischen Vernunft, einer Vernunft, die keine ist, weil sie der Humanität, der Ausrichtung auf das Gedeihen der Gattung entbehrt. Die Antwort darauf kann nicht sein: Keine Vernunft mehr und statt dessen Irrationalismus, Wirklichkeitsflucht. Das Projekt Moderne, es ist ja auch der Versuch, das Leben der Menschen weniger bedrückend zu machen, menschenwürdiger, verantwortlicher.

Für das, was erreicht wurde, wurden Kämpfe ausgefochten, Rückschläge noch und noch erlitten. Alles bewegt sich, wenn überhaupt, in Widersprüchen

vorwärts. Auch heute wird der Fortschritt in Wahrheit nicht auf dem Reissbrett gemacht. Wenn die Menschen sich nicht aufgeben, lässt er sich auch nicht auf dem Reissbrett verhindern. Die naive Vorstellung, einer aufgeblasenen Industriegesellschaft sei alles möglich, hat sich als Illusion entpuppt. Selbst wenn wir den Mammon hätten, könnten wir uns von der Verantwortung nicht freikaufen.

Man wird alle humanitären Kräfte einbringen müssen, nicht nur einen Haufen Geld und Apparaturen und Waren, wenn man die Weltkrise meistern will. Bei allem Verwirrenden, manchmal fast hoffnungslos Erscheinenden, das uns so beharrlich begleitet, darf man nicht aus den Augen verlieren, wofür es geht: Es geht um Frieden und Arbeit, um Arbeit und Frieden, ohne den alles andere nichts sein kann, weil die Schöpfung so nicht bewahrt werden wird. Die Aufgaben für eine menschenachtende Politik haben nicht abgenommen, im Gegenteil: Solange Menschen verhungern und in Folterkellern geschunden werden, solange es Klassenbarrieren gibt und Rassismus und Diskriminierung von Frauen — solange ist noch sehr viel Fortschritt nötig. Und dann wohl auch öffentliches Bewusstsein, das mobilisiert, und gesellschaftlicher Einfluss, also Macht, die dafür eingesetzt werden kann. Wo bleibt die Vernunft, die zerstörerische Macht in ihre Schranken zu weisen? Wo bleibt die Einsicht in die Lebensnotwendigkeit der Selbstbeschränkung, wo anders ungezügelter Entfaltung das Unheil produzieren muss und absehbar macht? Das grosse Projekt Moderne, mit dem Streben nach Menschenwürde in einem vor Unterdrückung bewahrten Leben, hängt in seiner Bewährungsprobe von der Antwort auf diese Fragen ab.

Wir haben die Macht — in unserer Art politischer Ordnung und im Zusammenwirken mit anderen —, eine bessere Zukunft gestalten zu helfen. Auch dadurch, dass wir mehr Demokratie wagen. Das ist das Selbstverständnis einer Macht, die sich selbst auch als Gegenmacht versteht, und zwar gegenüber einem von Wahlen wenig erreichten Establishment bürokratischer, ökonomischer, meinungsbildender Kräfte.

Was bedeutet Regierungsmacht?

Ich habe erfahren, dass dem, der öffentliche Verantwortung und damit auch Macht übertragen bekommt, sehr bald jene in den Weg treten, die eine vor-demokratisches Verständnis vom Staat geerbt haben und auf ihre Weise konservieren. Manchmal kam man sich vor, als sässe man nicht im Cockpit, sondern im Flugsimulator. Die Statthalter der grossen Interessen dieser Welt scheinen nicht eben gewartet zu haben auf Leute, die sich vorgenommen hatten, Reformen durchzusetzen.

Da zeigte sich bald: Regierungsmacht bedeutet noch nicht, dass man leichten Zugang hat zu weiten Bereichen der wirtschaftlichen, technischen, militärischen Entwicklungsbestimmung. Die Strukturen sind nicht so, auch anderswo nicht, und im Osten sehe ich erst recht nicht die Alternative. Wenn ich an den Streit um die Ostverträge denke: Da fehlte nichts — von den halbjuristischen Barrikaden, über die Bösartigkeiten einiger ungetreuer Staatsdiener, das Aufgebot mächtiger Medien, bis zum Kleinmut in den eigenen Reihen.

Auch die Warnung vor vermutterter Erpressbarkeit gab es schon damals. *Aber erpresst werden kann nur, wer sich erpressen lässt.* Das ist durchaus nicht nur eine Frage oberfläch-

licher Macht. Sonst hätte zum Beispiel Berlin sich nicht behaupten können.

Eine akute Gefährdung liegt darin, dass man die Entspannungs- und Ostpolitik verlottern lässt. Verstehen und Vertrauen werden nur schwer gewonnen, aber leicht verspielt. Und wenn man eine gewisse Differenziertheit, Komplexität auch im anderen weltpolitischen Lager unterstellt: Es geht ja gerade um das Vertrauen derer, die über den Willen zur Kalkulierbarkeit des gegenseitigen Risikos hinausdenken.

Ich kann nicht sagen, dass ich mich je besonders mächtig gefühlt hätte. Aber die dünne Luft der Vereinsamung hat mir wohl zu schaffen gemacht. Ganz auf mich gestellt und doch nicht allein fühlte ich mich an jenem Dezembermorgen in Warschau, als ich empfand, wie unzulänglich es sein würde, am Getto-Mahnmal nur den Kranz niederzulegen. Doch um ein Gefühl von Ohnmacht handelte es sich auch nicht. Die Knie zu beugen, das war Ausdruck vorübergehender, relativer Macht im Dienst der Versöhnung und — so es geht — eines neu zu schaffenden Vertrauens zwischen Polen und Deutschen, Juden und uns anderen.

Als Schwäche mochte das von denen denunziert werden, die es nicht zulassen wollten, dass einer ausbricht aus der Regel der in der Macht Etablierten. Wer Macht in diesem Sinn versteht und nutzen will, der stösst auf harte Hindernisse. Erschöpfung und Mutlosigkeit bleiben nicht aus. Als Tragik allerdings kann ich das verzwickte Erlebnis von Macht und Ohnmacht nicht empfinden: Das hiesse ja eine schicksalhafte Notwendigkeit des Scheiterns zu unterstellen, bedeutete Resignation und Fatalismus. Mein Freund Günter Grass hat in seiner bemerkenswerten Rede zum Dürer-

Jahr davon gesprochen, wie *«Melancholie und Utopie sich wechselseitig befruchten»*. Er sprach von einer sich selbst begreifenden, aus Erkenntnis gewachsenen Melancholie, ja sogar von der *«Komik des Scheiterns»*. In der Tat: Unterschätze man nicht die Bedeutung von Ironie, Selbstironie, wenn die Macht menschlich bleiben soll.

Vielfalt und Zweifel

Und die Selbstbegrenzung der Macht: Im selben Jahr wie Grass hatte ich, aus besonderem Anlass, in Oslo zu reden. *«Ich glaube an die Vielfalt und also an den Zweifel»*, sagte ich damals. *«Er ist produktiv. Er stellt das Bestehende in Frage. Er kann stark genug sein, versteinertes Unrecht aufzubrechen. Der Zweifel hat sich im Widerstand bewiesen. Er ist zäh genug, um Niederlagen zu überdauern und Sieger zu ernüchtern.»* Ich habe nichts davon abzustreichen.

Lernen wir, die Macht des kritischen Abwägens als schöpferische Kraft innerlich zu akzeptieren. Unsere Gesellschaft kann nicht mitgestaltend und selbstverwaltend genug sein, und es kann gar nicht genug selbstbewusste Kritiker und Förderer ihrer Entwicklung geben. Um den richtigen Weg, Schwierigkeiten zu bewältigen, wird zu ringen sein. Aber halten wir fest, dass der richtige Weg bestimmt nicht gefunden wird, wenn keine Bereitschaft zum Zweifel, zur Kurskorrektur — ich habe nicht *«Wende»* gesagt! — vorhanden ist.

Ich verstehe den Zweifel an der Arbeitshypothese, die zum Dogma erhoben wurde: das militärische Gleichgewicht, der Versuch zu verhindern, dass eine Seite zu deutlich übergewichtig ist, habe besorgt, dass wir in diesem Teil der Erde eine recht lange Zeit des Friedens hinter uns haben. Eine solche

Vorstellung lag ja auch der Entspannungspolitik mit zugrunde. Inzwischen wird offenbar, wie fragwürdig überkommenes Gleichgewichtsdenken ist. Was soll Gleichgewicht eigentlich bedeuten, wenn es sich auf beiden Seiten in Form von vielfachen Overkill-Kapazitäten darstellt — bei beiden Supermächten mit dem zerstörerischen Gegenwert von weit über einer Million Hiroshima-Bomben!

Die Idee, dass einer beim Angriff auf den anderen riskiert, selber schwersten Schaden davonzutragen, mag ja was für sich haben, die abstrusen Auswüchse von Abschreckungs- und Vergeltungsdenken sind es nicht. Die Zweifel an den Thesen und Hypothesen nehmen zu, das Verlangen nach neuen Strategien der Sicherheit wächst, so auch *der Wunsch, dass Europa zu sich selbst fände*.

Wo indes gar nicht ernsthaft verhandelt wird, fordert das mehr als Zweifel heraus. Da muss man mit der Kraft der Überzeugung und mit dem Ja zum Leben aufbegehren gegen bedrückende Unvernunft auf hoher Ebene. Dazu zu schweigen, dient nicht dem Frieden, also auch nicht den deutschen Interessen. Das Bündnis im ganzen könnte ernststen Schaden leiden. Ich bin dafür, den Druck auf die Verhandelnden nicht aufzugeben, also die Verhandlungen selbst nicht abzuschreiben.

Neuer Realismus notwendig

Illusionen sind nicht am Platze. Sind nicht die gefährlichen Illusionisten heute jene, die unter Berufung auf ihren Realismus einfach das Spiel mit dem Wettrennen weiterlaufen lassen? Gefordert ist eine neue Art von Realismus, der die Sorgen der Menschen und die Verantwortung gegenüber eigenem Erbe und gemeinsamer Zukunft glei-

chermaßen ernst nimmt. Hierfür lohnt es, die Macht der vielen aufzubieten, die guten Willens sind. Im Buch lesen wir: Jona gab der Stadt Ninive eine Gnadenfrist von vierzig Tagen — bis zu ihrem angedrohten Untergang. Wie mag es mit der Frist stehen, die uns, die dem Frieden in unserer Zeit gesetzt ist! Die Jona-Geschichte endet mit der Verschonung der assyrischen Stadt aufgrund von Umkehr. Werden die Mächtigen unserer Tage noch umkehren können?

Wir müssen — so wir können — ihnen dabei helfen, wo immer im Leben der Gemeinschaften und damit der Gesellschaft unser Platz ist: Wir müssen darauf drängen, dass in Genf und sonstwo doch noch ernsthaft verhandelt wird. Nachverhandeln ist besser als die Rüstungsspirale weiter hinaufschnellen zu lassen. Wenn die beauftragten Unterhändler nicht weiterkommen, müssen die politisch Hauptverantwortlichen selber an den Tisch! Sonst sorgen sie dafür, dass das Nein zu immer mehr Raketen immer machtvoller wird. Im übrigen: Ob Afghanistan oder Naher Osten, ob Polen oder Türkei, ob Südafrika oder Lateinamerika — wir dürfen nicht schweigen, wo die Mächtigen Unrecht bewirken und wo ausserdem noch der Ost-West-Konflikt in immer weitere Teile der Dritten Welt exportiert wird. Statt dessen ist es dringend geboten, mit der Umlenkung von Mitteln zu beginnen: von der weltweiten Rüstung.

Pflicht zur Einmischung

Unseren Bündnispartner USA muss man von der verhängnisvollen Politik — ob gegenüber Nicaragua oder El Salvador — abbringen, die auf der abwegigen Annahme beruht, soziale Krisen liessen sich immer noch

mit den Mitteln oligarchischer und militärischer Macht lösen. Das Recht und die Pflicht, uns einzumischen, erwächst gleichermaßen aus Moral und Vernunft. Deshalb kann ich mich nicht allein mit der östlichen Seite kritisch auseinandersetzen. Wir wissen, dass sich an der Frage, wie der Nord-Süd-Konflikt weiter behandelt wird, unser eigenes Schicksal entscheidet.

Weit entfernt von jeder Götzenanbetung, gerade was die Macht angeht, ist mir doch kein Weg ersichtlich, anders unseren hilfreichen Beitrag zu leisten als durch die Bereitschaft, Verantwortung zu tragen. So verlockend das Gegenteil für den Frieden mancher Sache ist — es führt zu keinem vernünftigen Ende. Das zeigen uns nicht nur die Jahre nach 1933, sondern auch die Erfahrungen mit der Teilung Europas und unseres eigenen Landes. Es gibt keine machtfreie Idylle, schon gar nicht im Raketenzeitalter, im Zeitalter der Verflechtung, das ironischerweise im Atom sein Symbol gefunden hat. Ohne Kontrollen wird es ein würdiges Überleben nicht geben, vermutlich auch nicht ohne ein kraftvolles Aufbegehren gegen die vielfachen Gefahren der Atomisierung. Es kommt sehr darauf an, sich nicht zwischen den Mühlsteinen ungeprüfter Abergeschicklichkeiten und antiquierter Krisenmanagements — gar noch mit der Zielrichtung eines gesellschaftspolitischen Roll-back — zerreiben zu lassen. Leicht wird das nicht sein, aber es ist nötig. Diejenigen, die ein bisschen modern tun und im übrigen auf die alten Rezepte schwören — wie eh und je —, haben nicht die Stärke der Argumente für sich. Mehr Demokratie wagen, sich einmischen, Engagement zeigen — das bleibt ein vernünftiges, ein gültiges Ziel.

Die Front der Friedensengagierten, der Reformwilligen, der von der Macht-Kontrolle Überzeugten hat noch viel vor sich. Was die Bürger vor Ort zum Ausdruck bringen und selbst in die Hand nehmen, kann die repräsentative Demokratie ergänzen und beleben. Doch eine Alternative zur Politik auf Regierungsebene ist dies nicht. Gerade wo es um die Sicherung des Friedens geht: Auch die stärksten Bürgerbewegungen können die Aufgaben von Parlament und Regierung nicht übernehmen, wohl aber begleiten, fördern, ergänzen, auch korrigieren helfen. Die Bewegungen für Frieden und für Abrüstung in Ost und West sollen sich verstärkt Gehör verschaffen, sie sollen es weiterhin *gewaltfrei* tun.

Ich habe vor einer Mystifikation der Macht gewarnt. Ebenso warne ich davor, sich über das Illusionen zu machen, was Bürgerprotest unmittelbar bewirken kann. Berauben wir uns

nicht der Möglichkeiten, auch «von oben» zu kontrollieren und zu konterkarieren, wo das nötig ist. Friedenspolitik muss vermitteln, muss in Zeiten drohender Konfrontation Brücken schlagen, Brücken des gemeinsamen Interesses, muss Vertrauen schaffen. Aber die Bereitschaft zum inneren Frieden, nicht nur zum äusseren, darf nicht als Schützenhilfe für Kräfte der Erstarrung missverstanden und missbraucht werden.

Kein Realismus ohne Traum

Moral, immer neu zu erwerben, muss sich in der Welt bewähren, nicht im Traum. Aber ohne Traum geht die Moral zugrunde. Es gibt keinen Realismus ohne Traum. Dies ist eine Zeit äusserster Gefährdung und einer Art Gnadenfrist, nicht der Sicherheit.

Der Aufschrei draussen dringt allzu selten — und wenn, dann nur unvollständig — zu den

Zentren der Macht. Die Umgebung — ich erwähnte es — schirmt ab, interpretiert auch manchmal ganz anders, als es der Wahrheit zuliebe und der Zukunft wegen geboten wäre. Und doch dürfen wir nicht aufgeben zu hoffen, dass die Mächtigen den Ruf zur Umkehr hören. Jedenfalls: Helfen wir uns gegenseitig, machen wir uns Mut. Umkehr zum Leben? Ja! Liebe junge Freunde! Ich weiss, was wir Älteren Euch und Euren Kindern schuldig sind: Niemandem nach dem Munde reden, und doch ein wenig Zuversicht vermitteln — bei aller Sorge und allem Zweifel die Tatkraft nicht erlahmen lassen. Die Welt ist schrecklich kompliziert geworden. Sie nicht zur Hölle werden zu lassen, das besorgen nicht automatisch oder überhaupt die Mächtigen dieser Erde. Der Friede, der das Überleben bedeutet, ist uns allen anvertraut. Und ich möchte mich dafür gern noch eine Weile in die Pflicht nehmen lassen.

Erich Fried, sein Leben, seine Gedichte

Leben — das ist Wärme

Von Lydia Trueb

Wie kann man Erich Fried als Dichter und Menschen beschreiben, der die Sprache zu Ende denkt, den Gebrauch der Wörter fragend untersucht und prüfend bis zur Kenntlichkeit des Sinns oder des Hintersinns von Unrecht wendet, oft durch sprachliche Innovationen wie etwa die Vertauschung der Vorsilben «ver» und «be» im Gedicht «Verstandsaufnahme»: «Aber seht die Behafteten/ und ihre verwaflneten Verwacher/ und was die Gerichte bezapfen/ vor die man sie stellt/ Seht euch die Verweisbefahren an/ die

Haftverfehle/ und die Bestösse gegen das Grundrecht/ . . . seht die Verleidigung der Würde des Menschen/ und fragt euch dann ob ihr das/ verjahren wollt/ oder beneint (in: 100 Gedichte ohne Vaterland). Wie kann man den Dichter beschreiben, der die Sprache also subversiv gebraucht, als ein Mittel gegen Entfremdung, Verhärtung, Dogmatismus, nicht nur der Herrschenden und ihrer Gewalt, sondern auch gegenüber den eigenen Genossen, den Linken, die links denken, aber sich spiegelbildlich verhalten wie

die, gegen die sie kämpfen? «Sie greifen meine Genossen an/ und mich/ mit einer Schärfe/ die sie/ von uns gelernt haben könnten» (aus: Es geht schon wieder los, in: Gegengift).

Gegen einen degenerierten Kommunismus im Osten wehrt er sich, etwa im Gedicht «Hauptstadt»: «'Wer herrscht hier?'/ fragte ich/ Sie sagten:/ 'Das Volk natürlich'/ Ich sagte:/ 'Natürlich das Volk/ aber wer herrscht wirklich?'» (aus: Unter Nebenfeinden). Trotzdem gelten seine Sympa-